Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 207. Montag den 26. Juli 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Wegen Reinigung der Locale bleiben die Geschäfte des Leihhauses und der Sparcasse für

Mittwoch, den 28. Juli a. c.

ausgesetzt und können die für diesen Tag bei der Sparcasse gekündigten Beträge schon Dienstag, den 27. d. Mts. in Empfang genommen werden.

Leipzig, den 24. Juli 1886.

Des Raths Deputation für Leihhaus u. Sparcasse.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Erd- und Macadamisirungsarbeiten in der **Kaiserin Augusta-Straße**, auf deren Strecke von der Straße Ta des südlichen Bebauungsplanes bis zur II. Gasanstalt soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Erd- und Macadamisirungsarbeiten in der Kaiserin Augusta-Straße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 3. August 1886 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, am 17. Juli 1886.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer 40 cm weiten Thonrohrschleuße incl. der Nebenschleußen in der **Kaiserin Augusta-Straße** östlich von der Straße Ta des südlichen Bebauungsplanes soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Thonrohrschleuße in der Kaiserin Augusta-Straße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 3. August 1886 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, alle Angebote abzulehnen.

Leipzig, am 17. Juli 1886.

Ib. 2593. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Neupflasterung wird die **Poniatowskystraße** von **Montag, den 26. dss. Mts. ab** auf die Dauer der etwa 4 Wochen in Anspruch nehmenden Arbeiten **für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 20. Juli 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 7584. Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die Maurer-, Steinmetz- und Zimmerarbeiten, sowie die Eisenlieferung für den Neubau der 9. Bezirksschule sollen vergeben werden. Die Anschlagsformulare und Bedingungen sind im Bureau des Herrn Hofbaumeister Brückwald, Nürnberger Straße 44, II., gegen Hinterlegung von 2 ℳ zu entnehmen. Die Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift „9. Bezirksschule" versehen bis Montag, den 2. August, Mittags 12 Uhr auf dem Bauamte abzugeben.

Der Rath behält sich über die Vergebung der Arbeiten völlig freie Entschließung vor.

Leipzig, den 22. Juli 1886.

Die Bau-Deputation des Raths.

Bekanntmachung.

Zum Behuf der gegen Ende jedes akademischen Halbjahres zu haltenden Revision der Universitäts-Bibliothek werden die Herren Studirenden, welche Bücher aus derselben entliehen haben, aufgefordert, diese

am 29., 31. Juli und 2. August

gegen Zurückgabe der Empfangsbescheinigungen abzuliefern.

Die Ablieferung wird in der Weise zu geschehen haben, daß diejenigen, deren Namen mit einem der Buchstaben A—H anfangen, **am 29. Juli**, die, deren Namen mit einem der Buchstaben J—R beginnen, am **31. Juli** und die Uebrigen **am 2. August** (früh zwischen 10—1 Uhr) abliefern.

Alle übrigen Entleiher werden aufgefordert, die an sie verliehenen Bücher

am 7., 9. oder 10. August

(während der gewöhnlichen Oeffnungsstunden) zurückzugeben.

Während der Revisionszeit (20. Juli bis 12. August incl.) können Bücher nicht ausgeliehen werden. Ebenso muß während derselben das Lesezimmer geschlossen bleiben.

Leipzig, den 24. Juli 1886.

Die Direction der Universitäts-Bibliothek.
Dr. Krehl.

Bibliothek der Handelskammer.

Wegen der durch den Umzug nach der Neuen Börse nothwendig gewordenen Hauptmusterung und Neuaufstellung der Bibliothek der Handelskammer sind alle ausgeliehenen Bücher bis spätestens

Sonnabend, den 31. Juli

an die Bibliothek zurückzugeben. Vom 1. bis 15. August werden keine Bücher ausgeliehen.

Leipzig, den 17. Juli 1886.

Kanzlei der Handelskammer.
Dr. Gensel, Secr.

Neustadt. Wegen der beginnenden Schleußen- und Pflasterungsarbeiten auf der Allerstraße wird die Strecke von der Hauptstraße bis zum Kirchweg **vom Montag, den 26. dieses Monats ab, gesperrt** und aller Fahrverkehr auf die übrigen Ortsstraßen verwiesen.

Neustadt bei Leipzig, 24. Juli 1886.

Der Gemeindevorstand.
Dietrich.

Bekanntmachung.

Der **Gurkenmarkt** wird vom Dienstag, den 3. August d. J. an auf dem **Fleischerplatze** abgehalten.

Leipzig, den 22. Juli 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 2861. Dr. Georgi. Hennig.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 26. Juli 1886.

* Ueber die **Krisis im Centrum** wird uns von einem Parlamentarier geschrieben:

Die Sachen müssen schlimm stehen, wenn die „Germania" in laute Klagetöne über die „Irrungen der deutschen Katholiken" ausbricht. Wie stolz hatte das Berliner Centrumsorgan die sehr gegen seinen Wunsch erfolgte neueste kirchenpolitische Action der preußischen Regierung noch als einen glänzenden Triumph seiner Partei vermerkt! Erst die derben Rippenstöße, welche es gelegentlich der Vorgänge in Bayern erhalten, haben ihm eine andere Sprache aufgezwungen. Die Ereignisse waren freilich auch darnach! Ueber Erwarten plötzlich trat in dem zweitgrößten und dem „katholischsten" Staate Deutschlands die Wendung ein, auf welche die leitenden Geister der Centrumspartei eine ihrer größten Hoffnungen gesetzt hatten. Aber diese Hoffnung zeigte sich alsbald vollständig vereitelt. Reden wir ohne alle Umschweife! Worauf man die Jahre daher gerechnet hatte, war nichts anderes, als mit Hilfe eines particularistisch-ultramontanen Regiments in Bayern den preußisch-deutschen Staat aus den Angeln zu heben — nicht aus Mangel an Patriotismus natürlich, sondern im Gegentheil in dem Bestreben, das „wahre Deutschland" mit der vollen Selbstständigkeit seiner „Stämme" und deren Dynastien zum Siege zu bringen. Herr Windthorst hat oft genug als den Grundfehler des neuen Reiches den Mangel an Gerechtigkeit bezeichnet. Um denselben zu tilgen, würde nach seiner Meinung zunächst die Wiederherstellung des Königreichs Hannover nothwendig sein — selbstverständlich auf friedlichem Wege! Diesem Ziele galt seine unermüdliche Arbeit im Reichstage. Und nachdem er hier wirklich den höchsten Erfolg errungen, nachdem er thatsächlich zum Beherrscher der Mehrheit des Reichstags geworden war, da fehlte nur noch, daß man in der bayerischen Regierung auch ein mächtiges Werkzeug im Bundesrathe erhielt. Dann mußte ja doch, da es nun einmal durchaus friedlich hergehen sollte, die preußische Regierung mit der Zeit ein Einsehen bekommen und auf eine Umgestaltung Deutschlands nach dem Herzen der Herren Windthorst und von Franckenstein eingehen. Nun aber hat sich der Prinz-Regent Luitpold voll und ganz auf den Boden der bisherigen bayerischen Politik gegenüber dem Reiche gestellt, und Herr Windthorst hat seine Hoffnungen auf Bayern zum Mindesten auf unabsehbare Zeit vertagen müssen. Das Schlimmste jedoch ist, daß das Mittel, mit welchem man bisher die Centrumspartei zusammenhielt und für die particularistisch-welfischen Zwecke dienstbar zu machen verstand, die angebliche Nothlage der katholischen Kirche, entwickelt geworden ist. Auf dem Katholikencongreß des vorigen Jahres hat Herr Windthorst die Gemüther mit der Forderung der Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes und der Zurückführung der Jesuiten nach Deutschland zu erhitzen versucht. Nachher hat er sich freilich gehütet, diese Anliegen im Reichstage vorzubringen, und nun wird vor aller Welt offenbar, daß der Papst mit der preußischen und der bayerischen Regierung, daß er überhaupt mit Deutschland in bestem Einvernehmen lebt, ohne daß diese Macht die Jesuiten wieder aufgenommen, noch den Italienern zu Gunsten des Patrimonium Petri den Krieg erklärt hätte. Da fragen sich denn alle unbefangenen Katholiken: Sollen wir denn päpstlicher sein als der Papst? Daß die Wirkung solch' verständiger Betrachtung nicht ausgeblieben ist, erkennt man aus den unfreiwilligen Geständnissen der „Germania". Zu weit würde man indeß gehen, wenn man von dieser Krise ohne Weiteres die Auflösung der Centrumspartei erwarten wollte. Eine Weisung dazu aus Rom wird schwerlich jemals ergehen; für den Vatican hat eine rein katholische Partei in den Volksvertretungen Deutschlands immer einen Werth. Aber Herr Windthorst wird, wenn er die Leitung der Partei behalten will, fortan sehr gedrückt und gemäßigt vorgehen und der Regierung manches Zugeständniß machen müssen. Es ist kein Geheimniß, daß namentlich die süddeutschen Gemäßigten in der Centrumspartei des Reichstags die welfischen Manöver Windthorst's schon längst mißbilligt haben. In Zukunft wird eine offene Verwendung des Centrums für diese Zwecke kaum noch möglich sein.

* In Beziehung auf die Organisation des Rettungswesens zur See nimmt in Deutschland die ostpreußische Küste eine der ersten Stellen ein. Für Kenntlichmachung der Fluß- und Haffmündungen ist durch Signalstationen und Leuchtfeuer umfassend gesorgt. Wenn diese Einrichtungen aber vornehmlich auf Verhütung von Strandungen berechnet sind, so befinden sich zur Wahrnehmung des eigentlichen Rettungsdienstes längs des Küstenstrichs von der preußischen Landesgrenze bei Memel bis zur Grenze des Regierungsbezirks Danzig elf Rettungsstationen, davon 6 der Fiscus, 5 die deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger ins Leben gerufen hat. Sämmtliche Stationen sind mustergiltig für ihren menschenfreundlichen Zweck ausgerüstet und ihrer Thätigkeit ist es wesentlich mit zu verdanken, wenn die Verluste an Menschenleben bei eintretenden Schiffbrüchen an der ostpreußischen Küste schon seit Jahren auf ein Minimum zurückgegangen sind.

* Die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich sind in den Regierungen beider Länder nahestehenden Organen selten mit so viel Nachdruck gefeiert worden als dieses Jahr gelegentlich der Reise unseres Kaisers und der Kissinger Besprechungen. Auch die vorzugsweise ultramontan gefärbte officiöse Publicistik macht darin keine Ausnahme, so läßt sich die „Oesterreichische Correspondenz" aus Wien vom 22. l. M. schreiben:

Unser Minister des Aeußern, Graf Kalnoky, ist heute früh in Begleitung des Sectionschefs von Aehrenthal in Bad Kissingen eingetroffen und hat sofort den dort zur Cur weilenden Fürsten Bismarck begrüßt. Nach einem uns zukommenden Telegramme haben die beiden Diplomaten heute in den Appartements des Kanzlers auf der oberen Saline die Conferenzen begonnen. Zweifelsohne handelt es sich um sehr ernste und wichtige Fragen der hohen Politik, und deshalb bringt man dieser Ministerbegegnung auch hier wie in Deutschland das größte Interesse entgegen. Die bei dieser Conferenz zur Besprechung gelangenden Fragen entziehen sich allerdings der öffentlichen Kenntniß, aber sie lassen sich errathen. Der Bündniß- und Freundschafts-Vertrag zwischen Oesterreich und Deutschland, der sich in den Jahren her als so förderlich für beide Nachbarstaaten erwies und wesentlich dazu beitrug, Europa vor größeren Störungen des Friedens zu bewahren, neigt sich, soweit es auf handschriftlichen Abmachungen beruht, seinem Ende zu, und da liegt es auf der Hand, daß über seine Erneuerung eingehende Berathungen stattfinden, zumal auch die politische Constellation betreffs der orientalischen Frage sich wesentlich geändert hat. Wohl ist es gelungen, eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen der Türkei und Griechenland zu verhindern; aber dafür ist ein anderer und noch gefährlicherer Zündstoff aufgetaucht. Die Verletzung des Berliner Vertrages durch die seitens Rußland einseitig erfolgte Aufhebung der Freihafenstellung von Batum, die Animosität, die in Rußland gegen den Fürsten von Bulgarien herrscht, die eigenthümlichen Beziehungen, die Rußland mit Rumänien anzuknüpfen bestrebt ist, endlich die neueste Spannung zwischen Serbien und Montenegro sind Dinge, die den politischen Horizont bewölken und die jedenfalls auch in den Kreis der Erörterungen zwischen den beiden Staatsmännern in Kissingen gezogen worden. Zweifelsohne wird eine Verlängerung des austro-deutschen Bündnisses auch diesmal in Kissingen zur Formulirung gelangen; es erwarten und begrüßen dies die Völker Deutschlands wie Oesterreichs. Wir wüßten in der neueren Geschichte nicht leicht einen zweiten Vertrag, der wärmere und allgemeinere Sympathien genießt, als jener, der die naturgemäße enge Freundschaft zwischen Oesterreich und Deutschland verbürgt. Wenn auch vorerst in Oesterreich unter den verschiedenen Parteien und Nationalitäten tiefgehende Differenzen bestehen: in dieser Frage herrscht völlige Einigkeit und Uebereinstimmung. Deutsche wie Slaven und Ungarn erblicken in dem deutsch-österreichischen Bündnisse das werthvollste Unterpfand des Friedens und eine politische That von segensreicher Wirkung. Alle Parteien haben auch das gleiche Interesse an der Aufrechterhaltung dieses Vertrages und an der Fortdauer dieses Bündnisses. — Es ist auch sehr bezeichnend, daß die Besprechung zwischen Fürst Bismarck und Graf Kalnoky vor der Conferenz des Ersteren mit dem russischen Minister Giers stattfindet, welche erst Ende des Monats vor sich gehen soll. Es haben sich also die Cabinette von Wien und Berlin bereits völlig verständigt, ehe Fürst Bismarck mit dem von Petersburg in Fühlung tritt. Bemerkenswerth ist auch, daß in derselben Zeit, in welcher Fürst Bismarck und Giers conferiren werden, der Bruder des österreichischen Kaisers, Erzherzog Carl Ludwig, in Petersburg einzutreffen gedenkt. Auch diese Reise hat jedenfalls ihre politische Bedeutung. Wir schließen mit dem Wunsche, daß das austro-deutsche Bündniß durch die Kissinger Ministerbegegnung eine neue Festigung erhalte und sich als kräftiger Schutzdamm in den Stürmen unserer Zeit erweise.

* Von einem Bürger von Zug hat die „Neue Züricher Zeitung" folgende Zuschrift erhalten:

Vor ein paar Tagen erhielt ich die Nachricht, daß in Deli auf Sumatra eine Longcai'sche Tabaksplantage von Atchinesen (dem Namen nach holländische Unterthanen) angefallen wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde einer unserer Landsleute, der Züricher Hatt, ein Freund von mir, schwer verwundet. Er erhielt einen Schuß durchs Bein und einige tiefe Säbelwunden. Sollte Herr Hatt auch von den Wunden genesen, so steht doch zu befürchten, daß er seiner Arbeit nicht mehr werde nachgehen können und daß er in Folge dessen werde brodlos werden. Ich schrieb also an den Herrn Bundespräsidenten als Chef des Departement des Auswärtigen, anbietend, daß der leiseste Druck seitens des Bundesraths auf die holländische Regierung genügen dürfte, Hatt Satisfaction und eine Entschädigung zu verschaffen. Nun wird mir geantwortet, daß der Bundesrath nicht im Falle sei, von sich aus Schritte in dieser Angelegenheit zu thun, und daß er es dem Geschädigten überlassen müsse, gehörigen Orts civilrechtliche Klagen anhängig zu machen. Ist nun das der Schutz, den wir Schweizer im Auslande zu gewärtigen haben? Wenn heute oder morgen von der zahlreichen Schweizercolonie in Deli wieder ein paar todtgeschlagen werden oder deren Eigenthum vernichtet wird, ist dies dann der Trost, auf den wir uns stützen mögen? Wäre Hatt englischer Nation gewesen, so würde, wie im Nisero-Fall geschehen, die englische Regierung von Holland Satisfaction, d. h. Bestrafung der Rebellen und Entschädigung für den Geschädigten, verlangt und auch erhalten haben.

Die „Neue Züricher Zeitung" bemerkt dazu: „Wir glauben, der geschädigte Herr Hatt müsse sich selbst direct an den Bundesrath wenden, sobald die holländischen Behörden ihm nicht zu seinem Rechte verhelfen wollen. Ist auch die Schweiz nicht ein mächtiger Staat wie England, der seinen Angehörigen auf der ganzen Welt seinen Schutz angedeihen läßt, so besitzt doch auch die Schweiz Einfluß genug, um sich mit Erfolg für ihre Bürger zu verwenden. Jedenfalls sind die Bundesbehörden verpflichtet, in dieser Beziehung nichts unversucht zu lassen." — Bei der Gelegenheit sei bemerkt, daß bei den Atchinesen-Ueberfällen auch andere Staatsangehörige Schaden erlitten haben sollen. Man sieht im Haag schon mit einiger Sorge etwaigen Reclamationen entgegen.

* Aus Paris wird unter dem 21. d. geschrieben: „Vice-Admiral Lafont und der Contre-Admiral Brown de Colstoun, welche die jüngsten Torpedo-Manöver im mittelländischen Meere leiteten, erstatteten gestern dem Budget-Ausschuß im Palais Bourbon ausführlichen Bericht über das Resultat der angestellten Versuche, die Rolle, welche die Torpedos in einem Seekampfe spielen können, und die gegenwärtige Stärke der französischen Flotte. Obwohl die Commission strenges Schweigen zu wahren versprochen, verlautet über die Mittheilungen der beiden Admiräle Folgendes: Für die Küstenvertheidigung scheinen ihnen die Torpedos ausgezeichnet; dagegen meinten sie, es bedürfte noch gründlicherer Experimente, um das Gleiche in Betreff der Verwendung dieser Geschosse im Kampfe auf offener See sagen zu können. So viel steht fest, daß das jetzige Modell der Torpedos noch vervollkommnet und vergrößert werden muß, und daß die Torpedos überhaupt nur als ein Nachhilfsmittel zu betrachten sind, so nämlich, daß nicht daran zu denken ist, eine Kriegsflotte darauf zu beschränken. Sie sind eine Vervollständigung der Panzerschiffe ersten und zweiten Ranges, nicht aber, wie Viele hoffen, ein Ersatz für dieselben. Was den Stand der Flotte betrifft, so gaben die beiden Marine-Offiziere dem Ausschusse die Versicherung, derselbe wäre durchaus befriedigend und die Flotte bereit, auf das erste Signal vollständig gerüstet in See zu stechen. Ueber ihre Stärke deutete Admiral Lafont an, sie könnte es mit der Flotte irgend einer anderen Seemacht ungescheut aufnehmen, diejenige nicht ausgenommen, welche heute für die gewaltigste gilt."

* Der orleanistische „Soleil" tritt gelegentlich der Besprechung der Chanzy-Feier, uneingedenk der Thatsache, daß unter dem Juli-Königthum alljährlich ein Kammerbeschluß zu Gunsten der Befreiung von Russisch-Polen abgegeben wurde, für ein russisch-französisches Bündniß ein, ein Bündniß, das selbstverständlich nicht mit der heutigen revolutionären Regierung, sondern nur mit der Monarchie der Orleans möglich sei. Das orleanistische Blatt schreibt:

Wir sind mit dem republikanischen „Paris" ganz einverstanden, wenn es sagt, daß ein Bündniß mit Rußland die Größe Frankreichs fördern werde. Nichts trennt uns von der russischen Nation! Das Heldengedicht von 1812 hat keinen Haß erzeugt und der Krimkrieg hinterließ nur Erinnerungen gegenseitiger Achtung und Bewunderung. Alles weist uns im Gegentheil darauf hin, uns diesem begeisterten, leidenschaftlichen und edelmüthigen Slavenvolk zu nähern. Ein französisch-russisches Bündniß ist durch die Natur der Dinge begründet, und welchen Nutzen es bringen würde, erhellt am besten aus den Befürchtungen, welche es unserm „Erbfeinde" einflößt. Warum aber ist dieses Bündniß nicht abgeschlossen worden? Warum lobte General Frederiks die Vergangenheit und schien sie der Gegenwart gegenüberstellen zu wollen? Die Republikaner werden darauf keine Antwort geben, wir aber können es aussprechen. Wir dürfen behaupten, daß die heutige Republik nicht mehr die ist, welche Chanzy in Petersburg vertrat, daß es einer autokratischen, aber liberalen Regierung möglich ist, die Freundin einer gemäßigten Republik zu sein, daß sie aber nie der Verbündete einer gewaltthätigen und verfolgungssüchtigen Regierung sein wird. Die Ungeschicklichkeiten, durch welche die republikanische Regierung das Wohlwollen der kaiserlich russischen Regierung verscherzt hat, sind zahllos. Ihre Reihe wurde eröffnet durch die Zwischenfälle, deren Held Krapotkin war. Die russische Presse ist darin einig, die Wirkungen dieser Jakobiner-Politik zu bedauern; so erklärt der „Swjet", es sei unmöglich, Beziehungen mit jenem Frankreich anzuknüpfen, das den Advocaten in die Hände gefallen sei, welche die Gewalt zum Nachtheil des Landes und in ihrem ausschließlichen Interesse ausbeuten und sich mehrmals jährlich abwechseln. So sprechen die russischen Zeitungen, folgendermaßen aber handelte die russische Regierung: Seit langer Zeit bereits hat der russische Botschafter unter dem Vorwande des Urlaubs Paris verlassen, aber er kehrt nicht zurück; am 14. Juli war das russische Botschaftspalais zum ersten Mal ohne Fahnenschmuck und ohne Beleuchtung. In Petersburg wurde der zurückberufene General Appert nicht ersetzt; infolge der Ausweisungen gaben Ternaug-Compans und ein Botschaftssecretair ihre Entlassung, so daß thatsächlich die diplomatischen Beziehungen zwischen der Regierung des Zaren und der französischen Republik unterbrochen sind. Und das in einem Augenblick, wo die Lage Europas und besonders die der Balkaninsel die ernstesten Verwicklungen voraussehen läßt. Auf dem europäischen Festlande ist demnach ein solches Bündniß für Rußland sowohl als für Frankreich das natürlichste und beste. Bald wird es vielleicht einen unschätzbaren Werth für uns haben; es wird uns gestatten, aus unserer Zurückhaltung herauszutreten, der von uns seit 1871 gespielten Rolle von stummen Zuschauern und Betrogenen ein Ende zu machen, die Welt daran zu erinnern, daß es noch ein Frankreich giebt und ihr zu zeigen, was dieses Frankreich vermag. Leider aber ist dieses Bündniß unmöglich und daher auch unmöglich die Erhebung unseres Landes, weil die uns regierenden Jacobiner durch ihre Gewaltthätigkeiten die lebhaftesten Sympathien abschrecken.

„Macht unsere geliebten Orleans zu Herren Frankreichs und wir werden die heißersehnte „Rache" nehmen können", das ist der langen Rede kurzer Sinn. Es ist interessant, zu beobachten, wie die Monarchisten jede Gelegenheit wahrnehmen, um sich aus den Schlappen der Republik Waffen für die eigene Sache zu schmieden. Im Uebrigen kennzeichnet sich der Artikel als ein an die französischen Rachegelüste anknüpfender Wahlköder für die Generalrathswahlen, auf den indessen selbst die Provinzialen kaum anbeißen dürften. Uns Deutsche aber erinnert dieses offene orleanistische Parteiprogramm von Neuem daran, daß für uns der Orleanismus den Krieg bedeutet.

* Die Wahl des Galeerensträflings Cipriani giebt den italienischen Blättern, je nach der Parteistellung, zu den widersprechendsten Aeußerungen Anlaß. Während die gemäßigte Presse mit Recht die Doppelwahl des Verbrechers in Ravenna und Forli als ein erschreckendes Zeichen der Entsittlichung brandmarkt, feiern die Radicalen dieselbe als ein erfreuliches Merkmal für das Erwachen des sittlichen Bewußtseins des Volkes, vergessen dabei aber ganz, daß die unbedingte Achtung vor dem Spruch der Gerichtsbarkeit, welcher diese Wahl einen frechen Schlag versetzt, die festeste Grundlage eines jeden Staates ist, vor allen Dingen aber eines Staates, wie ihn die Radicalen erträumen, einer Republik mit dem Grundsatze vollkommener individueller Freiheit. Wie seltsam sich das Rechtsbewußtsein in dem Hirne der Wähler der Romagna spiegelt, beweist folgendes Schreiben, welches 35 Vorsitzende der Wahlcollegien als Vertreter der Volkssouveränität an den Minister des Innern gerichtet haben. Dasselbe lautet: „Die unterzeichneten Vorsitzenden der Abtheilungen für die politischen Wahlen in der Provinz Ravenna fordern und erwarten als Ausleger des hohen Gerechtigkeitsgefühls, welches die Wähler veranlaßte, den feierlichen Ausspruch vom 23. Mai zu bekräftigen, von Agostino Depretis mehr Achtung und Gehorsam gegenüber dem Volksbeschluß, welcher für Amilcare Cipriani sofortige Gerechtigkeit erheischt." In Wirklichkeit ist diese dummdreiste Drohung nicht an das Ministerium, sondern an den König gerichtet, welcher dadurch gezwungen werden soll, den Verbrecher zu begnadigen. Dumm ist dieser Drohbrief deshalb, weil er selbst den bisher noch Schwankenden die Augen darüber öffnen wird, daß es höchste Zeit ist, mit scharfen Gesetzesbestimmungen solchen Verirrungen des Volksbewußtseins, wie sie bei der Wahl Cipriani's zu Tage getreten sind, in Zukunft vorzubeugen. Darüber, welche Maßregeln zu ergreifen sind, gehen allerdings die Ansichten auseinander; obgleich Artikel 80 des Wahlgesetzes ausdrücklich bestimmt, daß Neuwahl stattzufinden hat, falls ein Sitz aus „irgend einem Grunde" unbesetzt bleibt, befürwortet die gemäßigte Presse trotzdem, bei den politischen Wahlen den Grundsatz der Gemeindewahlen anzuwenden, also im vorliegenden Falle die auf Cipriani gefallenen Stimmen für ungiltig zu erklären und denjenigen Candidaten, welcher nach ihm die meisten Stimmen erhalten, als gewählt zu betrachten. Cipriani würde dann in Forli durch Saladini und in Ravenna durch Pasolini und Gamba ersetzt werden. Es thut noth, daß diese Frage möglichst bald geregelt wird, denn die Erfolge sind den Wählern derart zu Kopfe gestiegen, daß es in Forli bereits zu ernsten Ruhestörungen gekommen ist; der „Neuen Freien Presse" wird darüber folgendermaßen berichtet: „Die Volksmenge zog unter den Rufen: „Hoch Cipriani!" „Es lebe die Galeere!" mit rothen Fahnen durch die Stadt, warf den Conservativen die Fenster ein und verübte andern groben Unfug. Ein großer Theil der Ruhestörer trug rothe und grüne Mützen, die Abzeichen der für auf Lebensdauer oder auf Zeit verurtheilten Bagnosträflinge; Wachen und Carabinieri, welche einschritten, wurden mit Pfeifen und Schreien empfangen, wußten jedoch bald Ruhe zu schaffen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen."

* Die Neugestaltung der politischen Situation in England bedingt als naturgemäßes Mittel zum Zweck den Amtsantritt eines conservativen Cabinets. Lord Salisbury ist mittlerweile in der englischen Hauptstadt eingetroffen und hat sich mit den übrigen Führern der Torypartei ins Benehmen gesetzt. An die politische Einsicht und den Tact der Sieger werden diesmal ganz außergewöhnliche Anforderungen gestellt, wie solche aus einer Lage erwachsen müssen, die ihres Gleichen in den parlamentarischen Annalen des Landes nirgends vorfindet. Auf den Beistand Lord Hartington's und seiner Gefolgschaft wird der Toryführer bei dem Werke der Cabinetsneubildung wohl endgiltig verzichten müssen, doch verbleibt den Verbündeten des Wahlfeldzuges als gemeinsames Operationsgebiet auch künftig die im Interesse der Erhaltung der Reichseinheit gebotene Abwehr der irischen Homerule-Zumuthungen. Uebrigens sieht sich Lord Salisbury für seine künftige Regierungsthätigkeit ganz allein auf die Hilfsmittel seiner eigenen Partei ange-